

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Andreas Bleck, Jürgen Braun, Thomas Dietz, Thomas Ehrhorn, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Karsten Hilse, Gerrit Huy, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Edgar Naujok, Jörg Schneider, Wenzel Schmidt, Thomas Seitz, Kay-Uwe Ziegler, Marcus Bühl, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Steffen Kotré, Tobias Matthias Peterka, Martin Erwin Renner, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Beitritt zur europäischen Nuklearallianz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Während es Deutschland in den Jahren 2020, 2021 und 2022 noch möglich war, große Mengen an Elektrizität in die europäischen Nachbarländer zu exportieren, wird das in 2023 nicht mehr der Fall sein. Seit dem Abschalten der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerksblöcke in Deutschland am 15. April 2023 importiert Deutschland Monat für Monat große Mengen an Elektrizität aus dem Ausland¹.

Parallel dazu sind die Erlöse des Stromexportes von noch plus 420 Millionen Euro im Januar 2023 auf minus 370 Millionen Euro im Juni 2023 zurückgegangen².

Die Akteneinsicht beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu den Effekten der Abschaltung der Kernkraftwerke im Jahr 2023 basierend auf dem Umweltinformationsgesetz zeigte zudem, dass die Unterlagen „offenbar unvollständig“ sind – gerade relevante Informationen zu den Auswirkungen auf die Strompreise und auf die Netzstabilität wurden nicht vorgelegt³.

Dieser Wandel von einer Stromexportnation zu einer Stromimportnation, verbunden mit dem dazugehörigen Kapitalabfluss aus Deutschland ist eine Folge der Abschaltung der Kernkraftwerke.

¹https://www.energy-charts.info/charts/import_export_map/chart.html?l=de&c=DE&interval=month&year=2023&month=04

²https://www.energy-charts.info/charts/power_trading/chart.html?l=de&c=DE&chartColumnSorting=default

³ <https://www.cicero.de/wirtschaft/klage-akteneinsicht-verwaltungsgericht-robert-habeck-atomkraft-wirtschaftsministerium?amp> von Cicero beantragte und vor Gericht verhandelte Akteneinsicht

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

schnellstmöglich – hilfsweise unverzüglich – einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Nuklearallianz (Alliance du nucléaire, nuclear alliance) anzustreben und zu vollziehen.

Berlin, den 23. April 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Am 28.02.2023 haben sich unter der Federführung Frankreichs elf Staaten der EU zur sog. Nuklearallianz zusammengeschlossen. Die weiteren Gründungsmitglieder sind die Niederlande, Polen, Finnland, Kroatien, Tschechien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Slowenien und die Slowakei. Mittlerweile haben sich drei weitere Länder der Allianz angeschlossen (Schweden, Estland und Belgien) und Italien und das Vereinte Königreich nehmen als Beobachter, bzw. Gast an den Sitzungen teil. Die Allianz vertritt somit eine Mehrheit der EU-Staaten.

Auch wenn die kommerzielle elektrische Nutzung der Kernenergie in Deutschland seit dem 15. April 2023 vorerst unzulässig ist, ist sie in Europa noch weit verbreitet. Davon profitiert auch Deutschland. Aus dem Land mit dem höchsten Anteil an nuklearer Stromerzeugung, Frankreich, hat Deutschland in den Monaten Mai, Juni, Juli und August 2023 ca. 1.000, 800, 100 und 700 GWh importiert⁴

Trotz der Gesetzeslage in Deutschland hat weder der Wirtschaftsminister, noch der Leiter der Bundesnetzagentur ein Problem mit Strom aus kerntechnischer Erzeugung in Europa⁵⁶.

Des Weiteren ist die Bundesrepublik Deutschland über ihre Anteile an Uniper Miteigentümer dreier Kernkraftwerke in Schweden (Oskarsham, Ringhals und Forsmark) und somit aktiver Betreiber von Kernkraftwerken. Da Schweden selbst Mitglied der Nuklearallianz ist und sowohl ein umfassendes Bekenntnis zur künftigen Verwendung der Kernenergie abgelegt hat, als auch in der Standortauswahl eines Endlagers weit vor dem deutschen Zeitplan liegt, ist es geboten, auch im Interesse des Eigentums der Deutschen Steuerzahler, dieser Allianz beizutreten.

Ferner zu berücksichtigen sind die Belange der Nachhaltigkeit, der sich Deutschland im Rahmen der Agenda 2030 im Jahre 2015 verpflichtet hat. Nachhaltigkeitsziel 7 verlangt eine Politik, die preiswerten, zuverlässigen, sauberen und modernen Strom zur Verfügung stellen kann. Deutschland verfehlt hier seinen eigenen Anspruch. Dies gilt auch für die Nachhaltigkeitsziele 1, 8, 9 und 13. Eine internationale Kooperation in der Nuklearallianz dient nicht zuletzt der Sicherheit Deutschlands und seiner Nachbarländer.

⁴https://www.energy-charts.info/charts/import_export/chart.html?l=de&c=DE&interval=month&month=08

⁵<https://www.berliner-zeitung.de/news/ukraine-krieg-roboter-habeck-findet-atomkraft-in-der-ukraine-in-ordnung-li.335217>

⁶<https://www.wallstreet-online.de/nachricht/16473496-wirtschaft-bundesnetzagentur-froh-akw-strom-frankreich>